

Kommentar

Kein Weg zurück

Warum China sich nicht mehr vom Westen abschotten kann

Peking dreht der Welt den Rücken zu – das stellen in diesen Tagen einige der besten Chinakenner fest. Von „Selbstisolation“ spricht der US-Autor James Fallows, von einer „Schubumkehr“ Sebastian Heilmann vom Mercator-Institut für Chinastudien. Das Land, sagt Heilmann, schließe nun die Türen, die der Wirtschaftsreformer Deng Xiaoping vor 35 Jahren aufgestoßen hat. Das ist ein ernster und dramatischer Befund. Tatsächlich häufen sich seit dem Antritt der neuen Führung vor zwei Jahren die Zeichen für einen historischen Schwenk: Hohe Kader warnen vor dem verderblichen Einfluss des Westens, Regierungskritiker werden drakonisch bestraft. Selbst europäische oder amerikanische Wirtschaftsführer, bislang Fans des „chinesischen Modells“, klagen über ökonomischen Nationalismus und die Benachteiligung ausländischer Firmen. Die Chinesen müssten dies ändern, „wenn sie mit den USA Geschäfte machen wollen“, mahnte Präsident Barack Obama diese Woche. Aber kann China sich überhaupt verschließen? Die Volksrepublik ist heute so eng mit der Welt verbunden wie

nie zuvor: Millionen Chinesen reisen in den Westen, Hunderttausende studieren dort – darunter auch die Tochter von Präsident Xi Jinping. Sie nutzen das Internet, und viele stehen sich dabei tagtäglich an der Zensur vorbei, um kritische Blogs zu lesen oder sich US-Serien anzusehen. Auch Chinas Unternehmer sind auf allen Erdteilen aktiv. Der bekannteste von ihnen, Jack Ma, Chef des Onlinehändlers Alibaba, wird kommende Woche zur Eröffnung der CeBIT nach Hannover kommen. Die Warnungen der Skeptiker sind trotzdem ernst zu nehmen, denn viele in der KP-Führung würden China tatsächlich gern abschotten. Doch die Politik der Öffnung hat Fakten geschaffen – und selbst die KP kann diese nicht ignorieren. Als der Bildungsminister die Universitäten kürzlich anwies, Lehrbücher aus dem Kanon zu streichen, die „westliche Werte“ vermittelten, wurde er im Internet mit Hohn und Spott übergossen. Die Zensur kam gar nicht hinterher, die neuen Einträge zu löschen. Die Tür nach China geht immer wieder ein Stück auf und zu. Doch um sie abzuschließen, dafür ist es zu spät. Bernhard Zand

Japan 40 Jahre zum Aufräumen

Am 11. März jährt sich zum vierten Mal die Tsunami- und Nuklearkatastrophe, die weite Teile des japanischen Nordostens verwüstete – und noch immer ist keine Normalisierung in Sicht. Viele der 160 000 Flüchtlinge leben weiterhin in Notunterkünften; im Umkreis von 20 Kilometern um die Ruine des Kernkraftwerks Fukushima Daiichi sind die meisten Orte gesperrt. Ende Februar räumte die Betreibergesellschaft Tepco ein, dass seit knapp einem Jahr hoch verstrahltes Regenwasser vom Dach des Reaktorblocks 2 ins Meer geflossen sei. Täglich strömen überdies rund 300 Tonnen Grundwasser in die verseuchte Anlage. Um es aufzufangen sowie Trümmer zu beseitigen, sind rund 7000 Arbeiter im Einsatz. Doch um Fukushima Daiichi abzuwracken, dürfte Tepco mindes-

tens 40 Jahre brauchen. Auch in die nicht verstrahlten Küstenregionen kehrt der Alltag nur schleppend zurück. Rund 22 Milliarden Euro an staatlichen Hilfgeldern wurden bisher nicht einmal abgerufen; von den geplanten 20 000 neuen Wohnungen wurde

erst ein Fünftel gebaut. Oft können sich Bewohner und Behörden über Wiederaufbauprojekte nicht einigen, auch fehlen Arbeitskräfte. Die Region leidet schon lange unter Bevölkerungsschwund, die Katastrophe hat diesen Trend noch beschleunigt. ww



Inspektoren in Fukushima

Fußnote

165 300

irische Staatsbürger im Alter von 15 bis 24 Jahren sind seit 2010 ausgewandert – so viele wie aus keinem anderen europäischen Krisenland. In Irland leben rund 4,7 Millionen Menschen, im Ausland eine Million Iren. Nun will die Regierung den Exodus stoppen: Am Dienstag stellte Premier Enda Kenny eine Initiative vor, die vor allem jüngere, hoch qualifizierte Emigranten zurücklocken soll. Die Arbeitslosenquote liegt allerdings noch immer bei über zehn Prozent. say